

The Position of Internet Service Providers

„between a rock and a hard place“

Dr. Maximilian Schubert LL.M

23.04.2016, Vienna University of Economics and Business
room D2.0.030, course: ICT-Law 2

Agenda

About ISPA

Data Retention and Requests for Information

Liability Regime for Austrian ISPs

Web Blocking Measures

Die Presse

AKTUELLE KURSE
New York (Schluss): 6814,25
DAX (Schluss): 117.332,94
FTSE 100 (Schluss): 11.319,20
Gold (Schluss): 138,00
Zinsschwarz (Schluss): 2,75
© Die Presse/Print

KURIER

CHRONIK

Ruf nach Kontrolle im Internet

Nach Diskussionen wegen Kinderpornografie wollen nicht für schmutzige Daten ihrer Kunden haften und legen heute das Netz lahm

Seite 12.

Streik: Österreich vom Internet abgeklemmt

Die Internet-Anbieter kündigen einen Streik für Dienstag an. Damit werden 95 Prozent der Benutzer von der „Internet-Landkarte“ verschwinden.

WIEN (no). Die Aktion ist einmalig: Am Dienstag dreht fast alle österreichischen Internet-Anbieter in der Zeit von 16 bis 18 Uhr ihre Dienste ab. „Damit wird Österreich für zwei Stunden von der Internet-Landkarte verschwinden“, beschreibt Peter Rastl vom Verband der Internet-Provider Österreichs (ISPA) den Umfang der Aktion. Damit werden 95 Prozent aller Internet-Benutzer auf ihr gewohntes „Surfen und Chatten“ verzichten müssen.

Dieses Vorgehen ist die Reaktion auf eine Polikolation am Donnerstag vergangener Woche. Die Exekutive hatte in einer Hausdurchsuchung beim Provider „VIPNet“ die gesamte Computerausrüstung beschlagnahmt. Grund für den Einsatz: Eine Anzeige der Oberstaatsanwaltschaft München vom 10. März 1996 wegen des Verdachtes, in dieser Zeit kinderpornographischen Inhalt über die Netz verbreitet zu haben. Diese Anzeige richtet sich aber nicht gegen den Provider, sondern gegen eine andere Firma, die über VIPNet ihr illegales Material ins Netz „einspeicherte“.

Der Durchsuchungsbefehl trägt die Unterschrift von Richter Helga Parik-Pablic, die gleichzeitig Nationalratsabgeordnete und Justizsprecherin der FPÖ ist. Bei VIPNet bestreitet man Kinderpornographie grundsätzlich zu verbreiten. Geschäftsführer Michael Herrmann: „Letztes Jahr bot man solches Material an, wir erstatteten Anzeige.“

Hauptkritikpunkt von ISPA: Der Provider könne nicht für das Material verantwortlich gemacht werden, dessen Verbreitung er nur ermöglichte. „Wir sind nicht in der Rolle eines Zeitungsherausgebers“, meint Michael Harberler. Es sei unmöglich, die Fülle des Materials zu überprüfen. Nur der einzelne Urheber könne verantwortlich gemacht werden. Man könne auch keinen Einfluss auf E-mails nehmen, wie sie bei jedem Provider verschickt werden. Das falle unter das Briefgeheimnis.

Weiterer Kritikpunkt der Vereinigten Internet-Provider: Die Polizei habe nicht gerade „technischen Know-how an den Tag gelegt“. Die Polizisten hätten den Stecker herausgezogen, ohne den Computer ordnungsgemäß herunterzufahren. Damit seien zahlreiche Programme beschädigt worden.

Peter Rastl vom ISPA schlägt daher für die Zukunft vor: „Wir wollen den Polizisten kostenlos Zugang zum Internet geben und sie auch einschulen.“ Er verlangt eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Polizei und Providern. So habe er von der Bildung einer Internet-Einsatzgruppe erst aus der „Presse“ erfahren.

„Verständnis“ der Politiker

Zahlreiche Politiker meldeten sich zu dem Thema zu Wort. VP-Generalsekretär Othmar Karas meinte, er habe „Verständnis“ für die Provider. Thezija Stoitsis (Grüne) verlangt eine parlamentarische Enquete zu diesem Thema. Daran sollten Internet-Provider, Benutzer, Juristen und Politiker teilnehmen. Die FPÖ sind, so Generalsekretär Peter Westenthaler, gegen eine eigene „Lex Internet“.

WIENER ZEITUNG

Dienstag, 25. März 1997

Nr. 70 - 10 Schilling
Tel. (0)222 797 69

Kfz

Wiener Zeitung

SAWAG LEASING

PARLAMENT

Die heutige Ausgabe der Beilage widmet sich der Arbeit und Arbeitslosigkeit in Österreich sowie in der EU. Bundeskanzler Viktor Klima erläutert in seinem Gastkommentar seine Ziele hinsichtlich dieser Thematik. Weitere Beiträge befassen sich mit der Wirtschaft, dem Kunstmarkt 1997 und der Gesundheitsreform. Außerdem: Der SPÖ-Abgeordnete Thomas Mair protestiert.

Provider kritisieren Beschlagnahme von VIPNet und überlegen Amtshaftungsklage

Nach „Stecker raus“ Streik im Internet

Die „Internet Service Provider“ wollen heute zwischen 16 und 18 Uhr den Großteil der österreichischen Internet-Dienste abschalten. Mit diesem Streik kritisieren die österreichischen Provider die mangelnden gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie das Vorgehen jener Behörden, die vergangenen Donnerstag beim Unternehmen VIPNet in Wien-Donaustadt das Equipment beschlagnahmt haben.

Die Polizei war aufgrund einer Anzeige der Oberstaatsanwaltschaft München vom 10. März 1996 tätig geworden. Es besteht der Verdacht, daß an diesem Tag Daten mit kinderpornographischem Inhalt in das Datennetz von VIPNet eingespeist bzw. damit verbreitet wurden.

Wie berichtet, beschlagnahmten Beamte der Wirtschaftspolizei und Sachverständige die Ausrüstung von VIPNet. Dabei wurden laut einem Sprecher des Unternehmens die Stecker der Geräte einfach herausgezogen, ohne die Rechner vorher herunterzufahren.

Die Provider wollen jetzt streiken: Auch die internationalen Dienste sollen stillgelegt werden, hieß es Montag in Wien. Damit könne auch Österreich vom Ausland nicht via Internet erreichen.

„Inn Mitteln“ eingedämmt werden. Den Diktal schlug zu

sacherprinzip ausschließlich der einzelne Urheber für seine Inhalte verantwortlich sei, sagte Peter Rastl vom Proponentenkomitee. Er schlägt eine enge Kooperation zwischen Providern, Behörden und Politikern vor.

Rechtlich bedenklich

Rechtswidriges oder rechtlich bedenkliches Vorgehen: bei der Beschlagnahme ortet der Rechtsanwalt von VIPNet, Michael Pilz. Er erwägt eine Amtshaftungsklage gegen die Republik. Entgegen der Strafprozeßordnung „sind nicht nur Gegenstände sichergestellt worden, die für die Untersuchung von Bedeutung sind, sondern z. B. auch eine Festplatte mit Buchhaltungsmaterialien.“

Darüber hinaus bezweifelt der Jurist die Zuständigkeit des Landesgerichts - der Durchsuchungsbefehl ist von U-Richterin Helene Parik-Pablic unterzeichnet worden. Zum inkriminierten Zeitpunkt im März 1996 waren noch Bezirksgerichte für derartige Delikte zuständig. Geändert hat sich dies erst mit dem am 1. März 1997 in

Kraft getretenen Strafprozessänderungsgesetz. Auch Vertreter von Grünen und LIF üben Kritik. Die Grüne Mediensprecherin Thezija Stoitsis sprach von einer „dilettantischen“ und „rechtlich bedenklichen“ Vorgangsweise der Justiz. Stoitsis sieht aber eine „Chance, endlich in Sachen Internet rechtliche Klarheiten zu schaffen.“ Sie fordert eine parlamentarische Internet-Enquete, an der sich neben den Parteien und der Bundesregierung auch Provider, User und Experten beteiligen können.

Wie Telefon abhören

LIF-Telekommunikations-Sprecher Thomas Barmüller kündigte Anfragen an Justizminister Michael Pilz und Innenminister Schlögl an. „Wenn das Equipment eines Providers beschlagnahmt wird, weiß der Internet-User über diesen Provider kriminelle Inhalte ins Netz transportiert hat, so bedeutet das genauso viel, wie wenn man das Telefonnetz abhören würde, weil es jemand für Gespräche mit kriminellen Inhalt nutzt“, sagte Barmüller.

„Das Geripp“

„Das Geripp“

„Das Geripp“

„Das Geripp“

im Internet

Die österreichischen Provider sind für ihre Ausschlagnahme des VIP-Netts entschuldigt worden. Von Kinderpornografie in Wien-Donaustadt: Die Beschlagnahme ist ein weiterer Schritt in der Bekämpfung von Kinderpornografie. Die Beschlagnahme ist ein weiterer Schritt in der Bekämpfung von Kinderpornografie.

„Das Geripp“

„Das Geripp“

„Das Geripp“

Ruf nach Kontrolle im Internet

Nach Diskussionen wegen Kinderpornografie wollen nicht für schmutzige Daten ihrer Kunden haften und legen heute das Netz lahm

Die heutige Ausgabe der Beilage widmet sich der Arbeit und Arbeitslosigkeit in Österreich sowie in der EU. Bundeskanzler Viktor Klima erläutert in seinem Gastkommentar seine Ziele hinsichtlich dieser Thematik. Weitere Beiträge befassen sich mit der Wirtschaft, dem Kunstmarkt 1997 und der Gesundheitsreform. Außerdem: Der SPÖ-Abgeordnete Thomas Mair protestiert.

AKTUELLE KURSE
New York (Schluss): 6814,25
DAX (Schluss): 117.332,94
FTSE 100 (Schluss): 11.319,20
Gold (Schluss): 138,00
Zinsschwarz (Schluss): 2,75
© Die Presse/Print

CHRONIK

Ruf nach Kontrolle im Internet

Nach Diskussionen wegen Kinderpornografie wollen nicht für schmutzige Daten ihrer Kunden haften und legen heute das Netz lahm

Kfz

Wiener Zeitung

SAWAG LEASING

PARLAMENT

Die heutige Ausgabe der Beilage widmet sich der Arbeit und Arbeitslosigkeit in Österreich sowie in der EU. Bundeskanzler Viktor Klima erläutert in seinem Gastkommentar seine Ziele hinsichtlich dieser Thematik. Weitere Beiträge befassen sich mit der Wirtschaft, dem Kunstmarkt 1997 und der Gesundheitsreform. Außerdem: Der SPÖ-Abgeordnete Thomas Mair protestiert.

Sollen Sie sich Wasos in den weltweiten Datennetzen

Mehrere Millionen Menschen haben den Ruf nach Kontrolle im Internet. Die Provider wollen heute zwischen 16 und 18 Uhr den Großteil der österreichischen Internet-Dienste abschalten. Mit diesem Streik kritisieren die österreichischen Provider die mangelnden gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie das Vorgehen jener Behörden, die vergangenen Donnerstag beim Unternehmen VIPNet in Wien-Donaustadt das Equipment beschlagnahmt haben.

Die Polizei war aufgrund einer Anzeige der Oberstaatsanwaltschaft München vom 10. März 1996 tätig geworden. Es besteht der Verdacht, daß an diesem Tag Daten mit kinderpornographischem Inhalt in das Datennetz von VIPNet eingespeist bzw. damit verbreitet wurden.

Wie berichtet, beschlagnahmten Beamte der Wirtschaftspolizei und Sachverständige die Ausrüstung von VIPNet. Dabei wurden laut einem Sprecher des Unternehmens die Stecker der Geräte einfach herausgezogen, ohne die Rechner vorher herunterzufahren.

Die Provider wollen jetzt streiken: Auch die internationalen Dienste sollen stillgelegt werden, hieß es Montag in Wien. Damit könne auch Österreich vom Ausland nicht via Internet erreichen.

„Inn Mitteln“ eingedämmt werden. Den Diktal schlug zu

„Das Geripp“

Wie Telefon abhören

LIF-Telekommunikations-Sprecher Thomas Barmüller kündigte Anfragen an Justizminister Michael Pilz und Innenminister Schlögl an. „Wenn das Equipment eines Providers beschlagnahmt wird, weiß der Internet-User über diesen Provider kriminelle Inhalte ins Netz transportiert hat, so bedeutet das genauso viel, wie wenn man das Telefonnetz abhören würde, weil es jemand für Gespräche mit kriminellen Inhalt nutzt“, sagte Barmüller.

„Das Geripp“

„Das Geripp“

„Das Geripp“

„Das Geripp“

Ruf nach Kontrolle im Internet

Nach Diskussionen wegen Kinderpornografie wollen nicht für schmutzige Daten ihrer Kunden haften und legen heute das Netz lahm

Die heutige Ausgabe der Beilage widmet sich der Arbeit und Arbeitslosigkeit in Österreich sowie in der EU. Bundeskanzler Viktor Klima erläutert in seinem Gastkommentar seine Ziele hinsichtlich dieser Thematik. Weitere Beiträge befassen sich mit der Wirtschaft, dem Kunstmarkt 1997 und der Gesundheitsreform. Außerdem: Der SPÖ-Abgeordnete Thomas Mair protestiert.

AKTUELLE KURSE
New York (Schluss): 6814,25
DAX (Schluss): 117.332,94
FTSE 100 (Schluss): 11.319,20
Gold (Schluss): 138,00
Zinsschwarz (Schluss): 2,75
© Die Presse/Print

CHRONIK

Ruf nach Kontrolle im Internet

Nach Diskussionen wegen Kinderpornografie wollen nicht für schmutzige Daten ihrer Kunden haften und legen heute das Netz lahm

Kfz

Wiener Zeitung

SAWAG LEASING

PARLAMENT

Die heutige Ausgabe der Beilage widmet sich der Arbeit und Arbeitslosigkeit in Österreich sowie in der EU. Bundeskanzler Viktor Klima erläutert in seinem Gastkommentar seine Ziele hinsichtlich dieser Thematik. Weitere Beiträge befassen sich mit der Wirtschaft, dem Kunstmarkt 1997 und der Gesundheitsreform. Außerdem: Der SPÖ-Abgeordnete Thomas Mair protestiert.

Sollen Sie sich Wasos in den weltweiten Datennetzen

Mehrere Millionen Menschen haben den Ruf nach Kontrolle im Internet. Die Provider wollen heute zwischen 16 und 18 Uhr den Großteil der österreichischen Internet-Dienste abschalten. Mit diesem Streik kritisieren die österreichischen Provider die mangelnden gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie das Vorgehen jener Behörden, die vergangenen Donnerstag beim Unternehmen VIPNet in Wien-Donaustadt das Equipment beschlagnahmt haben.

Die Polizei war aufgrund einer Anzeige der Oberstaatsanwaltschaft München vom 10. März 1996 tätig geworden. Es besteht der Verdacht, daß an diesem Tag Daten mit kinderpornographischem Inhalt in das Datennetz von VIPNet eingespeist bzw. damit verbreitet wurden.

Wie berichtet, beschlagnahmten Beamte der Wirtschaftspolizei und Sachverständige die Ausrüstung von VIPNet. Dabei wurden laut einem Sprecher des Unternehmens die Stecker der Geräte einfach herausgezogen, ohne die Rechner vorher herunterzufahren.

Die Provider wollen jetzt streiken: Auch die internationalen Dienste sollen stillgelegt werden, hieß es Montag in Wien. Damit könne auch Österreich vom Ausland nicht via Internet erreichen.

„Inn Mitteln“ eingedämmt werden. Den Diktal schlug zu

„Das Geripp“

ISPA – Mission Statement



ISPA is the major voice of the Austrian Internet industry. Our goal is to shape the economic and legal framework supporting the optimal development of the Internet and Internet services. We regard the use of the Internet as an important social skill and acknowledge the resulting socio-political responsibilities.

ISPA represents the Internet industry

- Founded **1997**
- Over **200** members from the fields of **Access, Hosting, Content & Services**
- **Two thirds** with less than 25 employees



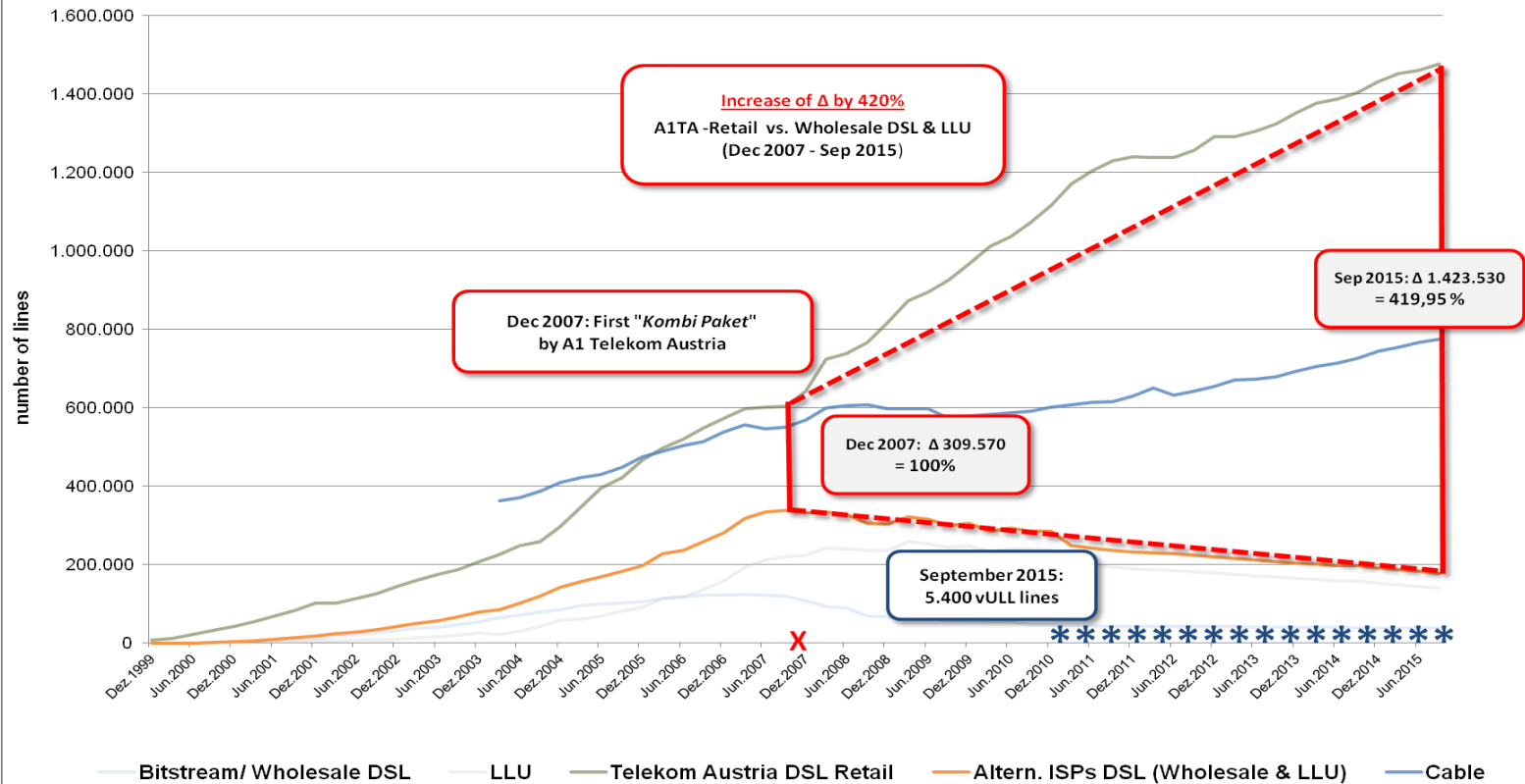
www.stopleveline.at

Austrian Report Centre against
child pornography and **national
socialism** on the Internet

Competition: Fixed network-BB-Market

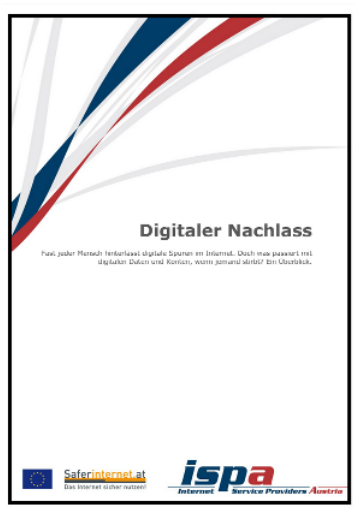
Development of the Austrian fixed line broadband market

December 1999 – September 2015



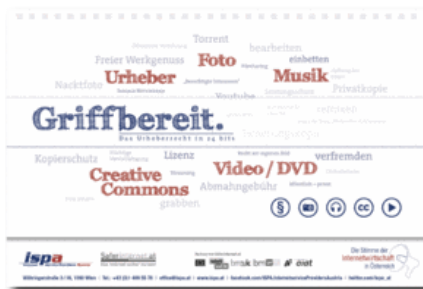
Sources: RTR Telekom Monitor 1/2016, A1TA quarterly report Q3 2015

Stopline & Safer Internet



www.stopline.at

Austrian Report Centre against
child pornography and **national
socialism** on the Internet

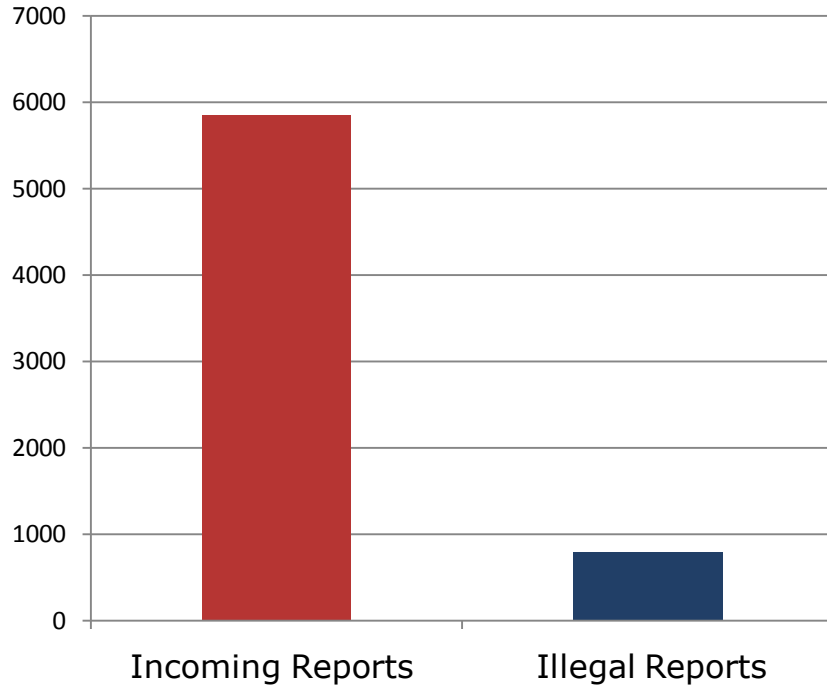


Stopline - workflow

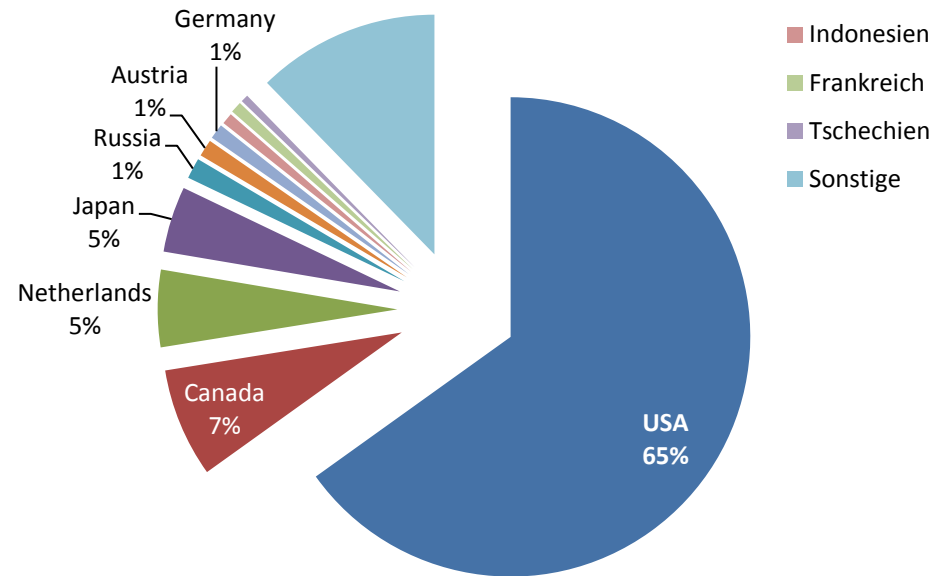


Stopline – Statistics

Reports 2015



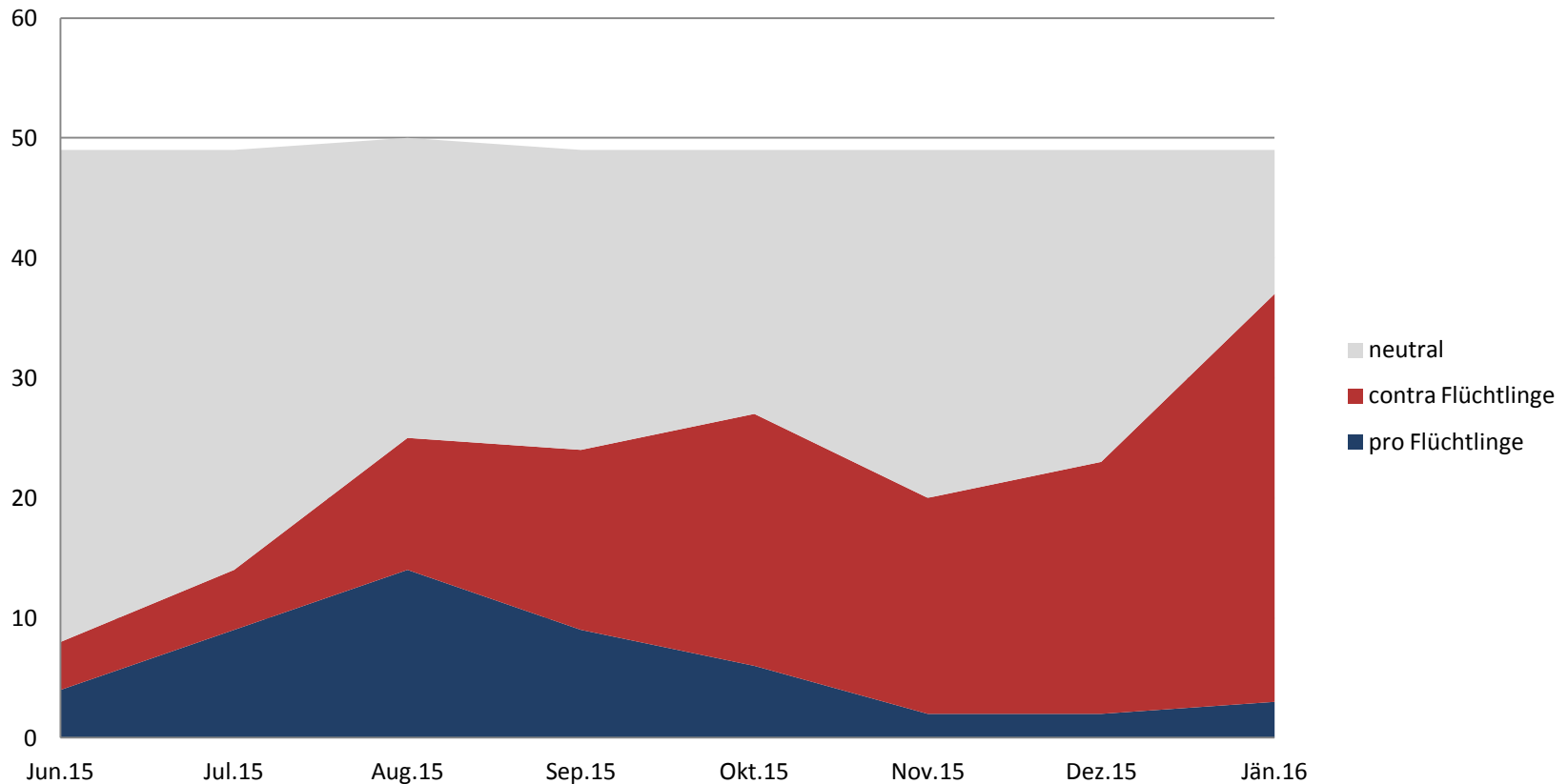
Countries of origin



Source: <http://www.stopline.at/ueberuns/statistiken/statistiken-2015/>

„magnifying glass“ oder „speed boiler“?

Number of social media clippings on the ‚refugee crisis‘

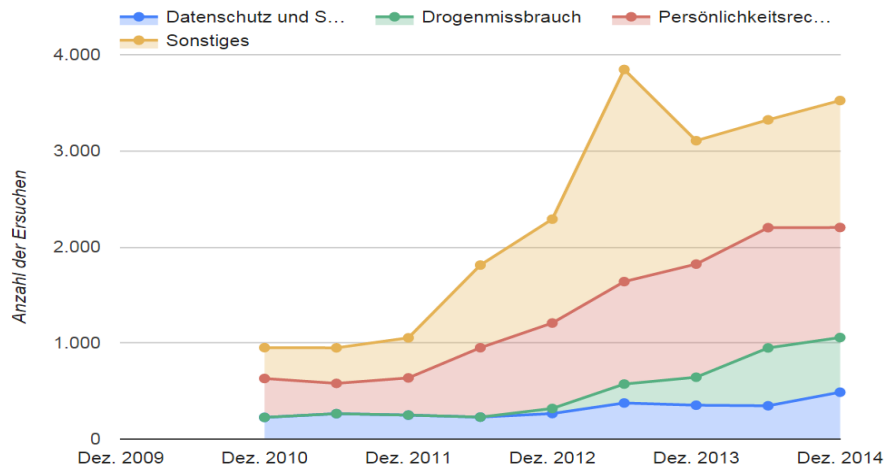


Source: STORY ⚡ CLASH

Challenge: take-down requests



Deletion requests by public authorities:



[approx. 135 requests/week]

<http://www.google.com/transparencyreport/removals/government/>
<http://www.google.com/transparencyreport/removals/copyright/?hl=de>

Deletion requests due to alleged copyright infringements:

URLs pro Woche, deren Löschung aus der Suche beantragt wurde



[approx. 20 Mio. URLs/ weeks (!)]

Agenda

About ISPA

Data Retention and Requests for Information

Liability Regime for Austrian ISPs

Web Blocking Measures

ISPs “between a rock and a hard place”

Provider are exposed to considerable pressure

- Threat of coercive measures (e.g. Subpoenas)
(„It is a long way to Vienna/Innsbruck.”)
- Securing of data
(„Do we get the information this way or shall we drop by?”)
- Treating the employees as accomplices to criminal offences
- Public exposure in case of non-compliance
(„You will read about it in the newspapers tomorrow”)
- Pressure from customers/ defendants

Legal gray-areas lead to problems

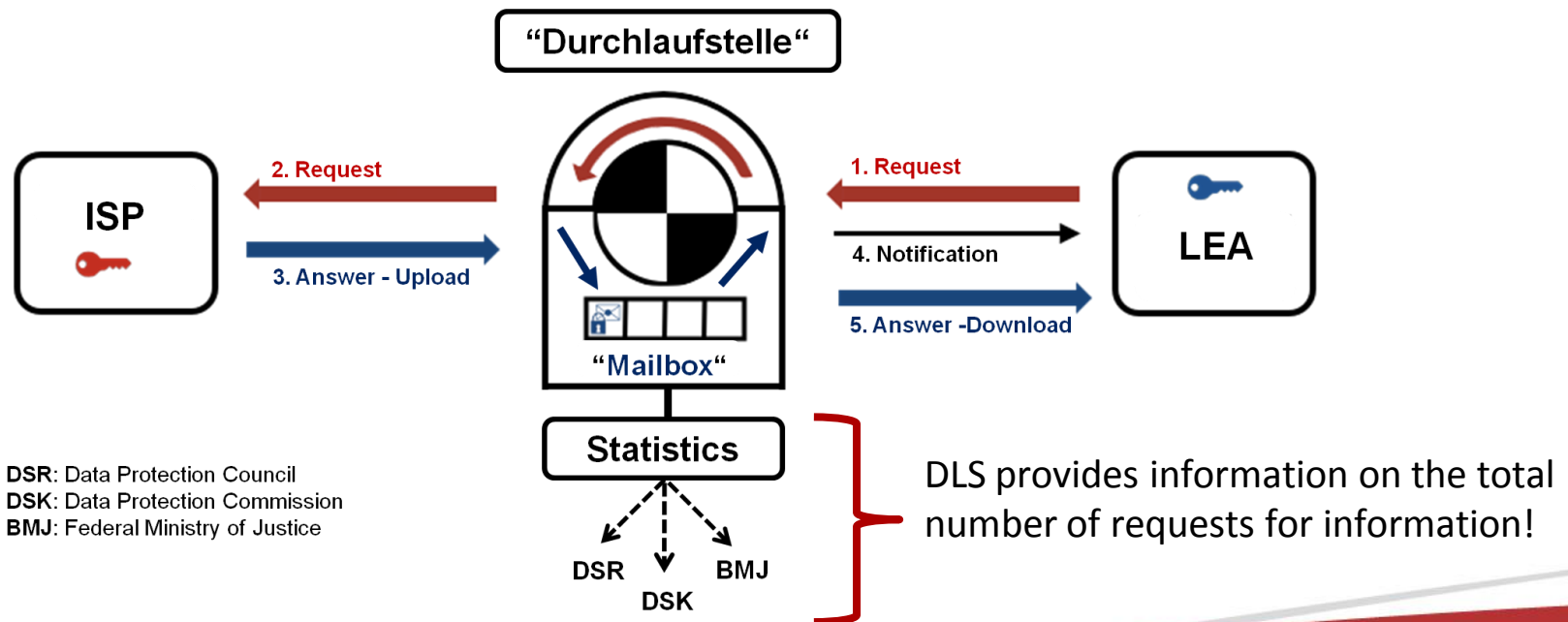
- Oral orders of the public prosecutor (§ 102 (1) StPO), 24/7
- Requests for disclosure of “extended” Basic Data (such as delivery address, credit balance, PUK)
- Sequence orders (e.g. Phone exchange)
- Obligation to report „Data Protection Act vs. Telecommunications Act

Data Retention in Austria - Factsheet

- Retention of **traffic data**, no content data
(Access-IP, mobile communication, Email)
- Retention for a maximum period of **six month**
- Access to retained data exclusively for **criminal offences**
- **Exceptions** for small ISPs and certain technologies
(approx. EUR 300.000 yearly turnover, public ISPs, NAT/PAT)
- Data remains with the IPS, exchange interface (DLS) and use of CSV-Files to prevent **data mining**
- No **“ex ante” safeguards** for lawyers, doctors, etc.

Implementation of Data Retention in Austria

In cooperation with representatives of the authorities and civil society, ISPA helped to scope an interface (DLS) which facilitates the secure and transparent exchange of information (CSV-File), while providing a high level of security and transparency.



Challenge: „dynamic IP-Address“

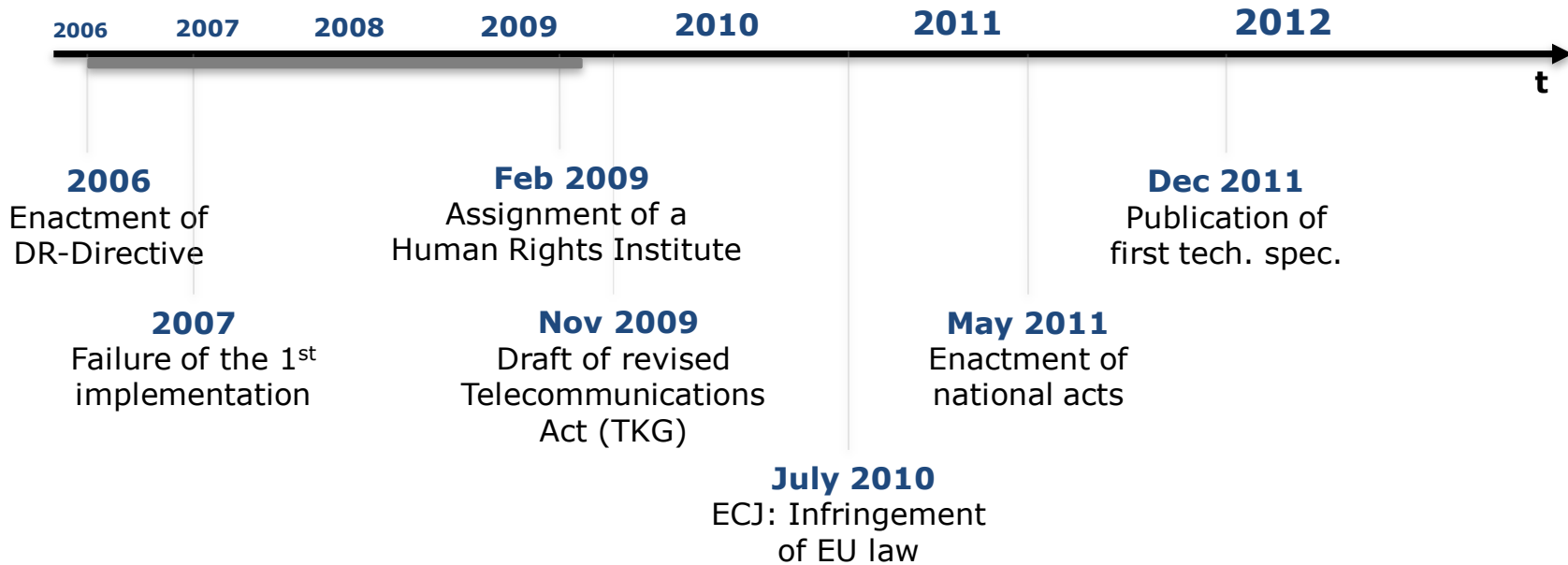
DYNAMIC IP-ADR:

An IP-address, which is not exclusively assigned to a particular user for the duration of his/her contract, is not *basic data*. Thus the rules for providing information about traffic data apply.

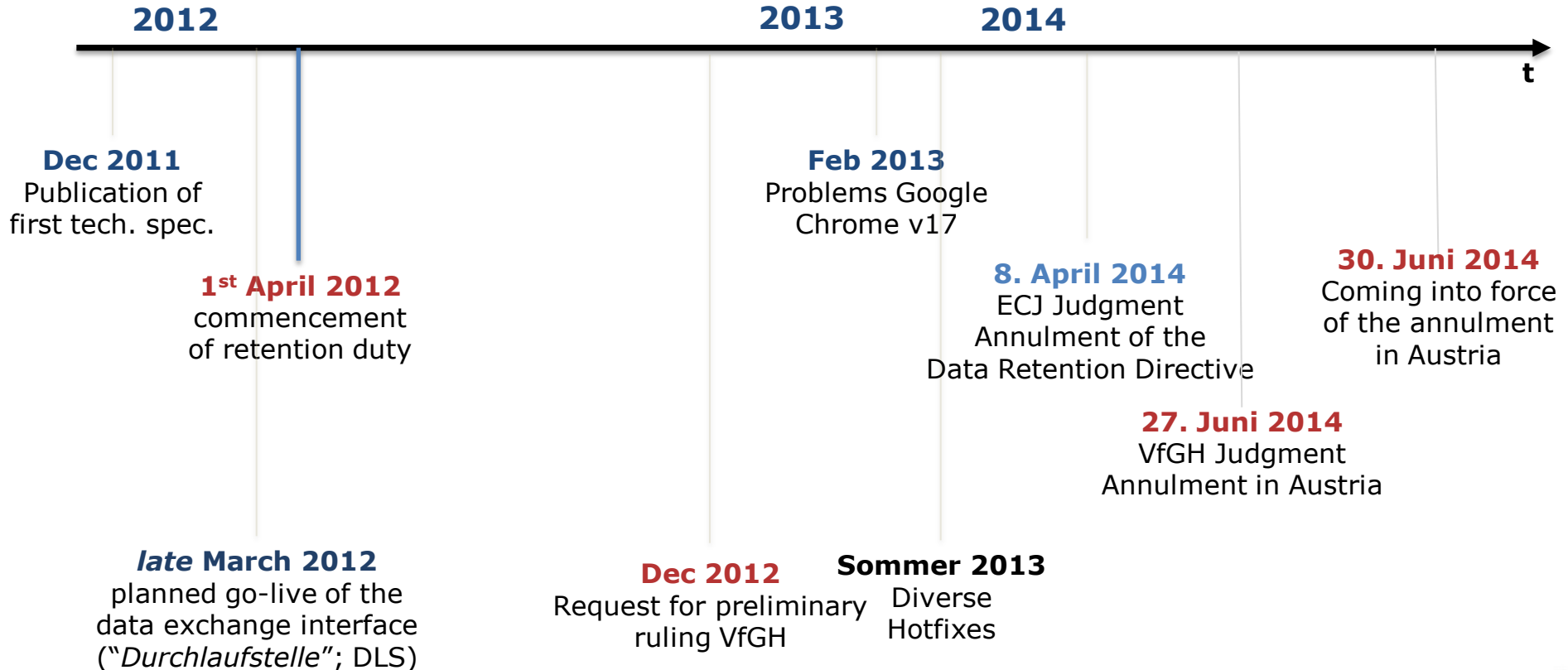
The processing of traffic data by the ISP is exclusively allowed for the prosecution of criminal offences (not for civil claims!)

- > Request § 135 Abs 2 Code of Criminal Procedure (StPO)
(**live [Betriebs] data > 1 year imprisonment**)
- > Request § 135 Abs 2a Code of Criminal Procedure (StPO)
(**retained data > 1 year imprisonment**)
- > Request § 76a Abs 2 Code of Criminal Procedure (StPO)
(part of the **operating data** or **retained data**, no minimum sentence)
- > Request § 53 (a) Security Police Act (SPG)
(**operating data** oder **retained data**)

Timeframe for the implementation



From implementation till annulment...



ECJ Data Retention

ECJ judgment C-293/12 und C-594/12, 08.04.2014

ECJ declared the Data Retention Directive invalid.

- The substantive and procedural conditions under which authorities and courts can gain access to the data, **are too vague**
- The definition of "serious crimes" is **too broad and unspecific**
- No sufficient protection against **abusive practices**
- No mandatory storage of the data within the European Union
- „**Chilling Effects**“ – the feeling of being constantly observed in daily life

Consequences for Austria

- National Data Retention law was lifted by the Constitutional Court (VfGH).

... and more to come ...

PCWorld
Work. Life. Productivity.

NEWS REVIEWS HOW-TO VIDEO BUSINESS LAPTOPS TABLETS PHONES HA

futurezone TECHNOLOGY NEWS Netzpolitik B2B Produkte Digital Life Science Meinung Games Apps S

UNEINIG
Streit um Vorratsdatenspeicherung in der SPD

16.03.15, 15:21 Mail an die Redaktion

FEATURED

LEGAL government, business, networking, security, priva

Dutch court scraps telecommunications data retention law

10
Like
50
Tweet
1
+1
2
Share
0
Pin It
submit

Loek Essers
@loekessers Mar 1

The Dutch data retention law requiring telecommunications customer metadata for police investigations was scrapped by Hague on Wednesday.

The court found that the law violates fundamental European question remains though whether the law should be inactivated can be appealed by the Dutch state, a court spokesman said outcome of any possible legal procedures the law will remain

The Dutch Ministry of Security and Justice declined to comm the verdict.

The law suspended by the court was based on the EU's Data

c|net Search CNET

CNET > Internet > Mandatory Data Retention laws pass Australian Parliament

Mandatory Data Retention laws pass Australian Parliament

Telecommunications and internet service providers will now be required to store their customers' metadata for at least two years under laws that passed the Australian parliament with little opposition.

by **Claire Reilly** @reillystyley / 26 March 2015, 6:48 pm AEDT / Updated: 27 March 2015, 10:00 am AEDT

7 / 1 / 6 / 0 / + more +

Australian Internet Service Providers and telecommunications carriers will now be required to retain customer metadata for a minimum period of two years under new laws passed by the Australian Senate.

BECOME A CNET MEMBER FOR FREE!

Share your ideas with the community, receive exclusive offers for sweeps and events, and get the latest news, reviews and how-tos in your inbox.

Attorney-General George Brandis.
CeBIT

<http://www.pcworld.com/article/2895356/dutch-court-scraps-telecommunications-data-retention-law.html>, 11.03.2015

<http://futurezone.at/netzpolitik/streit-um-vorratsdatenspeicherung-in-der-spd/119.809.791>, 17.03.2015

<http://www.cnet.com/au/news/mandatory-data-retention-laws-pass-parliament/>, 28.03.105

... and more to come ...

- Voice over LTE ('VoLTE') surveillance
- 'Full-IP' surveillance
- 'Quellen-TKÜ' (aka 'Bundestroyaner')

Agenda

About ISPA

Data Retention and Requests for Information

Liability Regime for Austrian ISPs

Web Blocking Measures

Liability regime for ISPs

Internet Service Providers are generally not liable for the actions of their customers.

Liability privilege in the E-Commerce-Directive, Art. 12 – Art. 14

Exclusion of responsibility for:

- Transmission
- Caching
- Hosting

No monitoring obligations for the ISPs, Art 15 E-Commerce-Directive

Liability privilege in the Austrian E-Commerce Act § 13 – § 18

- Transmission
- Search engines
- Caching
- Hosting
- Links

} Provided no actual knowledge of illegal activity

No monitoring obligations for the ISPs, § 19 E-Commerce Act

L'Oréal vs. eBay

ECJ Judgment 12. 07.2011, L'Oréal SA vs. eBay C-324/09

L'Oréal sued auctions website eBay for the actions of distributors of unauthorised sampler products, who removed the sampler package and then sold the products on the site.

The ECJ affirms in this case the liability of the Hosting-Provider, when

*„[...] the service provider, instead of confining itself to providing that service **neutrally** by a merely technical and automatic processing of the data provided by its customers, plays an active role of such a kind as to give it knowledge of, or control over, those data.[...]”*

ECJ upholds limitation of liability, but creates an exception if intermediaries have aided the infringement.

Delfi AS vs. Estonia

ECtHR Judgement, 64569/09/07 of 10 October 2013

One of the Estonia's largest news portals, Delfi, was sued by a representative of the industry because of grossly insulting remarks by its readers' online comments.

The Estonian Courts:

- the news portal is not exempt from liability
- it was considered as a publisher, rather than as an ISP
- no liability privilege according to the E-Commerce-Directive

ECtHR:

- a **substantial degree of control** over the comments published on its portal
- should **have prevented** defamatory or insulting statements being published
- a justified and proportionate interference with its right to freedom of expression

... and more to come ...

- EUIPO studies (malware, business models)
- 'duty of care' (IP, CSAM, hate speech)
- Network and Information Security Directive

Agenda

About ISPA

Data Retention and Requests for Information

Liability Regime for Austrian ISPs

Web Blocking Measures

Web blocking

Blocking techniques

- DNS-Blocking
- IP-Blocking
- „Deep Packet Inspection“

Circumvention techniques

- Changing the Domain-Name-Server
- Encrypted connections, „Virtual Private Networks“ (VPS)
- TOR-Server

Conclusion

- Web blocking techniques can be bypassed
- Hotlines provide permanent removal of illegal content
- Web blockings are not a solution against piracy

DNS-blocking



IP-Adr: 194.232.72.121



www.orf.at

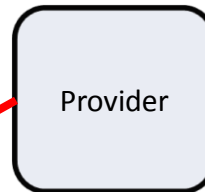


In the case of DNS blocking the provider is forced either not to answer the requests for a specific domain or to redirect the requests to another page.

IP-blocking



IP-Adr: 194.232.72.121

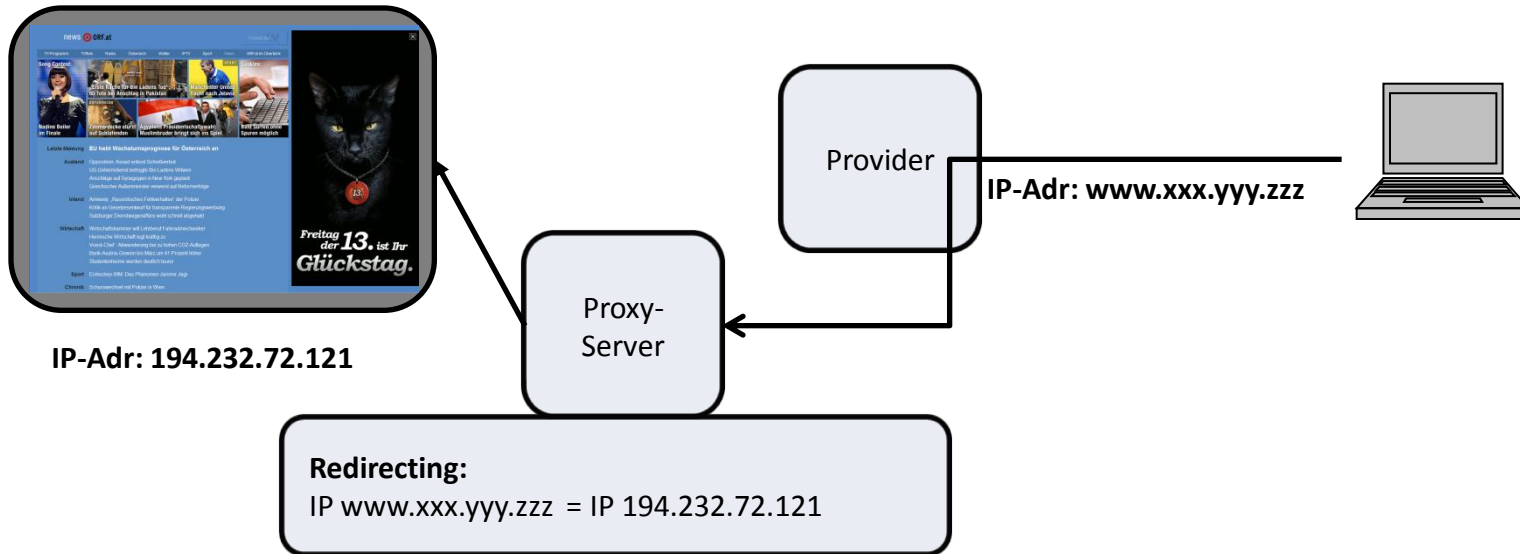


IP-Adr: 194.232.72.121



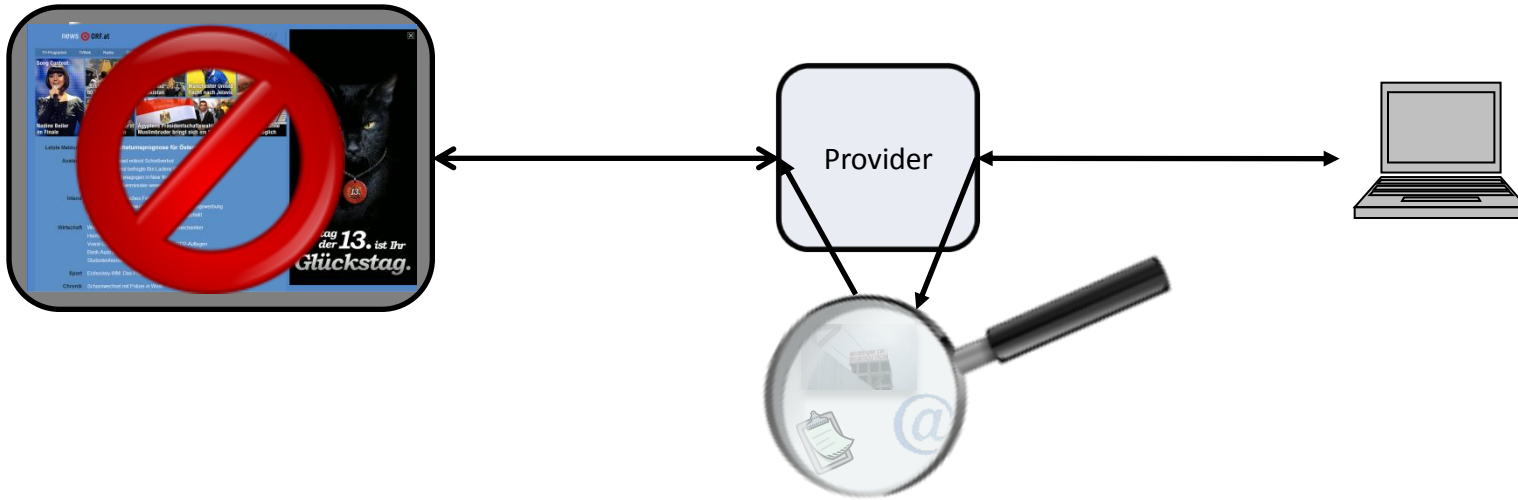
Bei einer IP-Sperre wird der Provider gezwungen, Anfragen zu einer bestimmten IP-Adresse entweder nicht weiterzuleiten oder auf eine andere Seite umzuleiten.

IP-blocking - Bypassing



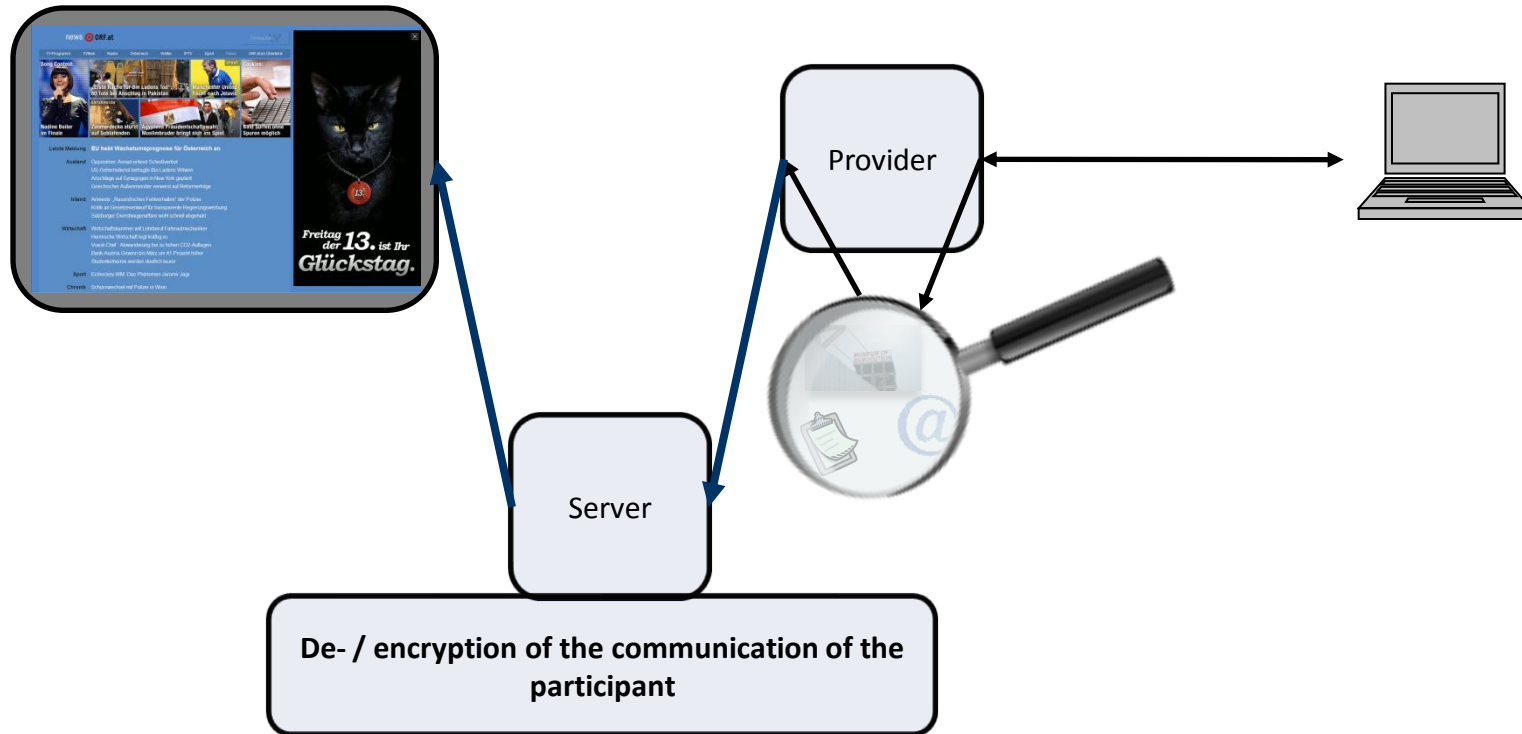
In order to bypass an IP-blocking the participants can use one so called „*Proxy-Server*“, a VPN tunnel or an anonymising service.

„Deep Packet Inspection“



In case of „Deep Packet Inspection“ the provider is forced if necessary to decrypt and examine each data packet. Certain contents must be blocked or under certain circumstances even reported.

„Deep Packet Inspection“ - Bypassing



The „Deep Packet Inspection“ can be circumvented by encryption.

Scarlet vs. SABAM 1/2

ECJ Judgment Scarlet vs. SABAM C-70/10, 24. 11.2011

Belgian collective rights management alleged ISP users were illegally downloading works in its catalogue from the Internet via P2P networks, and wanted that the ISP installs filtering software in its network that would curb further infringement.

The Case referred not only to the Ecommerce Directive, but also copyright law and to the Charter of Fundamental Rights of the European Union.

*„[...] national authorities and courts must, in particular, **strike a fair balance** between the protection of the intellectual property right enjoyed by copyright holders and that of the freedom to conduct a business enjoyed by operators such as ISPs pursuant to Article 16 of the Charter.[...]”*

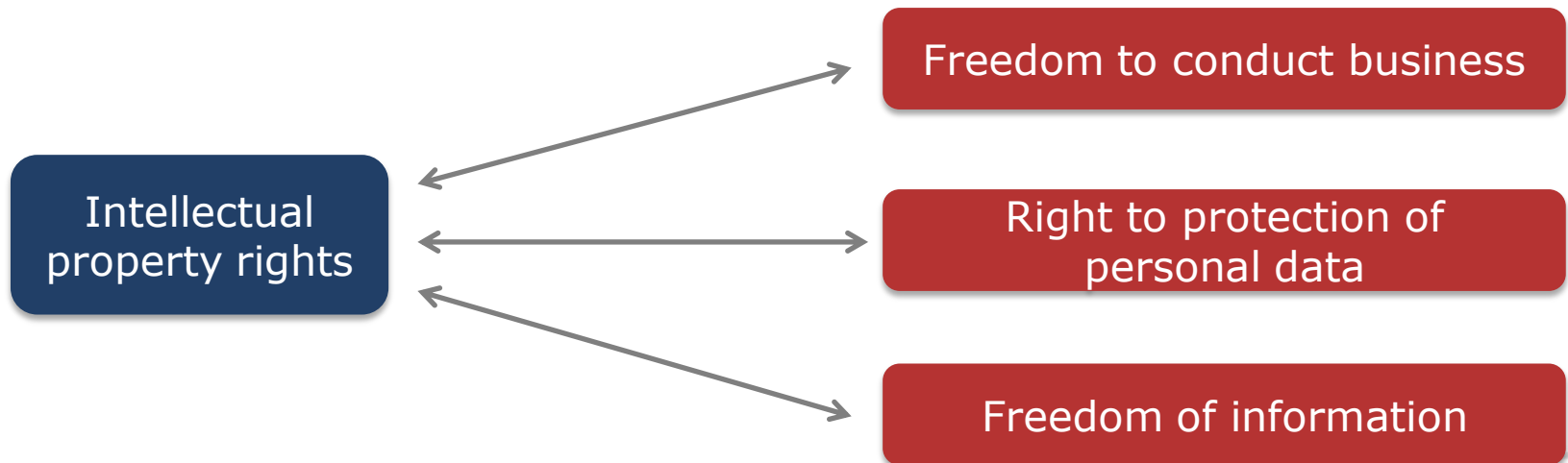
ECJ was not amenable to rule in favour of indiscriminate monitoring, as it would also go against Art. 15 of the E-Commerce Directive.

Scarlet vs. SABAM 2/2

ECJ argues:

*"[...] injunction could potentially undermine **freedom of information** since that system might not distinguish adequately between unlawful content and lawful content, with the result that its introduction could lead to the blocking of lawful communications.[...]"*

Fair Balance



UPC Telekabel Wien – kino.to 1/2

ECJ Judgement 27.03., UPC Telekabel Wien - kino.to, C-314/12

A provider of Internet access services can be obliged to block the access to a copyright infringing website for its customers.

Critical Points

- Web blocking without an ex-ante judicial preview of the injunction
- ISPs in a predicament between the interests of users and right-holders
- Vague „sufficiency effective measure “

UPC Telekabel Wien – kino.to 2/2

Austrian Supreme Court of Justice, Decision 4 Ob 71/14s

- ISP should take all **reasonable measures**.
- No stipulation of specific measures by the copyright holder or the court
- Union-compliant application of the rules on the suspensory effect of the execution
- **Impugnation claim** with **suspensory effect**

Consequences for Austria

- For the first time web blocking in Austria
- Establishing of “web blocking infrastructure” necessary
- Question, who decides on the respective web blocking as well as on the adequacy of the blocking measures
- Question, who should decide on the lifting of the blocking and who is liable in the case of **over-blocking**

Web blocking injunction

Ich fordere Sie daher auf, mir bis

spätestens 21.10.2010 (einlangend)

zu bestätigen, dass Sie es ab sofort unterlassen, Ihren Kunden die Verbindung zur Domain kino.to zugänglich zu machen.

Da kino.to (IP Adresse 91.217.178.0 – 91.217.178.255) nur ein Portal ist, über das auf mehrere Streaming-Server zugegriffen wird, fordere ich Sie weiters auf, innerhalb der gesetzten Frist auch den Zugang zu folgenden Websites, die nahezu ausschließlich zur widerrechtlichen Zurverfügungstellung von Film-Raubkopien verwendet werden, zu sperren:

	<u>Anzahl</u>
duckload.com (IP Adresse 80.255.2.96 - 80.255.2.127)	31
archiv.to (IP Adresse 81.171.77.0 - 81.171.77.255)	255
speedload.to (IP Adresse 81.171.77.0 - 81.171.77.255)	255
freeload.to (IP Adresse 81.171.35.0 - 81.171.35.255)	255
megavideo.com (IP Adresse 174.140.154.0 - 174.140.154.255)	255
mystream.to (IP Adresse 94.23.2.121)	1
quickload.to (IP-Adresse 188.165.207.159)	1
tubeload.to (IP-Adresse 85.17.77.0 - 85.17.77.255)	255
loaded.it (IP-Adresse 93.92.46.2)	1

Nach unserem Wissenstand wäre eine Kombination von Domain-Sperre und IP-Sperre ein geeignetes Mittel, um mit geringem Aufwand eine weitgehend wirksame Blockade durchzuführen. Wir wissen, dass solche Blockaden auch regelmäßig (für andere Zwecke) praktiziert werden. Sollten Sie der Meinung sein, aus technischen Gründen unserer Aufforderung

SUMME 1309

Web Blocking: ISP Position

54.

*„ In that regard, in accordance with the principle of legal certainty, it must be possible for the addressee of an injunction such as that at issue in the main proceedings to maintain before the court, once the implementing measures which he has taken are known and **before** any decision **imposing a penalty** on him is adopted, that the measures taken were indeed those which could be expected of him in order to prevent the proscribed result..“*

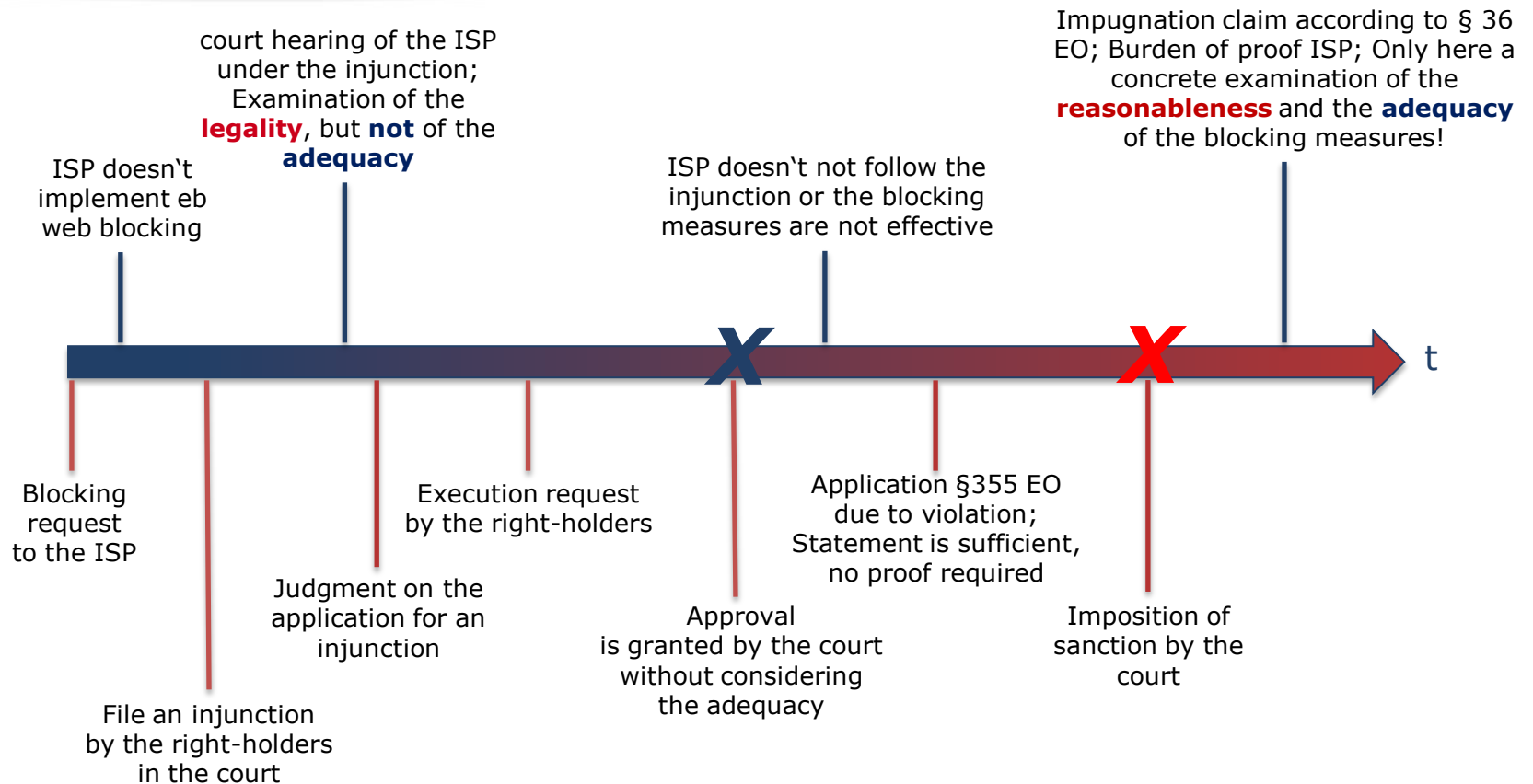
(ECJ, C-314/12 kino.to)

Web Blocking: Users Position

57.

*„ Accordingly, in order to prevent the fundamental rights recognised by EU law from precluding the adoption of an injunction such as that at issue in the main proceedings, the national procedural rules must provide a possibility for internet users to assert their rights before the court once **the implementing measures** taken by the internet service provider **are known**.“*
(ECJ, C-314/12 kino.to)

Web Blocking: ISP Position



ECJ stipulates a judicial review before a sanction is imposed (approval of the execution , approval of the fine).

Web Blocking – *status quo*

- 10 < ISPs affected (competition aspects)
- ISPs are ordered to block approx. 15 URLs
- no voluntary blocking measures by ISPs
- two ongoing legal disputes
 - On the type of the blocking measure (DNS blocking sufficient or DNS+IP blocking required) @ Bezirksgericht Meidling
 - On the character of the piratebay.se website @ Handelsgericht Wien

Outlook: Net Neutrality & Web Blocking

According to the head of the legal department of the Austrian National Regulatory Authority RTR-GmbH § 81 par 1a UrhG (Austrian Federal Copyright Act) is not sufficient to fulfill the criteria of Art 3 par3 lit a) TSM Regulation to allow web blocking without an judicial injunction/order (voluntary blocking measures)

Future challenges for ISPs

- Continuous improvement of awareness about the safe use of the Internet (e.g. Stopline.at, saferinternet.at)
- Efforts to reduce legal uncertainty as to the liability of ISPs for illegal conduct by their customers
- Contribution to the discussion on copyright and its enforcement



Thank you!

Die Stimme der
Internetwirtschaft
in Österreich

